

## *II. Christoph Deutschmann*

### Ist globaler Kapitalismus mit politischer Demokratie vereinbar?

*Ein Kommentar zu dem Aufsatz von Dirk Meyer*

#### *I.*

In ihrer Schnörkellosigkeit ist Meyers Abhandlung ebenso beeindruckend wie provozierend: „Dem demokratisch verfassten Nationalstaat droht die Entmachtung“. Der Autor beklagt einen Mangel an Langsicht im Verhalten der Bürger, eine zunehmende Orientierung des Handelns an kurzfristigen Vorteilen, die die „Überlebensfähigkeit“ der bestehenden Gesellschaftsform gefährde. Der Hauptschuldige ist schnell ausgemacht: Es ist der demokratische Nationalstaat. Das Problem liegt für Meyer nicht nur in der Monopolposition des Staates beim Schutz der öffentlichen Ordnung, die es ihm angeblich ermöglicht, in die eigene Tasche zu wirtschaften und die Preise für seine Leistungen in die Höhe zu treiben. Das eigentliche Übel sieht Meyer darin, dass er als demokratischer Staat für die Legitimierung seiner Entscheidungen von dem Mehrheitswillen der Bevölkerung abhängig ist. Das öffnet der „Gefälligkeitsdemokratie“ Tür und Tor und treibt die Politiker dazu, zwecks kurzfristiger Stimmenmaximierung teure Wahlgeschenke zu verteilen. Der steuerliche und rechtliche Zugriff des Staates auf das private Eigentum wird immer weiter ausgedehnt. Die „Bürger“ reagieren darauf, indem sie ihrerseits ihr Verhalten auf kurzfristige Vorteilsmaximierung umstellen. Sie sparen nicht mehr, sie hinterziehen Steuern, die Alltagskriminalität steigt, und die Parole „Geiz ist geil“ wird immer populärer.

Viele der Einwände Meyers gegen den demokratischen Wohlfahrtsstaat sind nicht neu. Sie waren vielmehr ein Dauerthema der politischen und gesellschaftlichen Diskussionen über den Wohlfahrtsstaat seit seinen historischen Anfängen im 19. Jahrhundert (siehe z.B. Alber 1989; Ritter 1989). Die zentralen Begriffe in Meyers Argumentation – „langfristige Überlebensfähigkeit“, „Langsicht“, „kollektive Rationalität“ – sind überdies wenig präzise. Geht man ins Detail, so bleibt vieles unklar. Was versteht Meyer z.B. unter „Langsicht“? Wenn ein Freiberufler über ein Jahreseinkommen von 200.000 Euro verfügt, davon aber beim besten Willen nur etwa die Hälfte konsumieren kann, so dass er seinen Finanzberater beauftragt, die andere Hälfte rentierlich anzulegen – ist das Langsicht? Wenn umgekehrt jemand nur 15.000 Euro im Jahr verdient und deshalb nicht nur nichts sparen kann, son-

dern auch nur dank „Geiz-ist-geil“-Angeboten überhaupt über die Runden kommt – ist das kurzsichtig? Wenn ein Staat nicht nur in den Bau von Schulen und Hochschulen investiert, sondern auch Lehrer und Professoren bezahlt, darunter auch Dirk Meyer und mich – ist das lang- oder kurzsichtig? Kann es so etwas wie „kollektive Rationalität“ in einer liberalen Ordnung überhaupt geben? Selbst Hayek, den der Autor für sich in Anspruch nimmt, wäre mit Meyers Ausführungen wohl kaum einverstanden. Es ist wohl wahr, der Staat hat ein Monopol auf die Gesetzgebung und die Sicherung der öffentlichen Ordnung. Aber wäre es billiger und effizienter, wenn mehrere Gesetzgeber, Justiz-, Polizei- und Währungssysteme konkurrierten und der Bürger das ihm jeweils Passende aussuchen könnte? Wahr ist schließlich auch, dass der demokratische Staat ein Staat *aller* seiner Bürger, nicht nur der finanziell Vermögenden sein will. Die Logik demokratischer Politik ist eine andere als die der Wirtschaft. Ein Unternehmen reagiert nur auf Zahlungsangebote, die demokratische Politik dagegen auf die Wahlstimmen aller Staatsbürger, der zahlungsfähigen wie der nicht zahlungsfähigen. Die Abhängigkeit von Stimmen verpflichtet den Staat zu gewissen sozialstaatlichen Aufwendungen und Umverteilungen. Denn ohne ein gewisses Maß auch an materialer Gleichheit und sozialer Sicherheit lassen sich die Bürgerrechte nicht für alle Staatsbürger gewährleisten, wie T.H. Marshall in seiner berühmten Vorlesung „Citizenship and Social Class“ gezeigt hatte. Daraus folgt die Notwendigkeit von Eingriffen in private Eigentumsrechte, was aus bürgerlicher Sicht als problematisch erscheinen mag. Aber soll man deshalb zum Klassenstaat des 19. Jahrhunderts zurückkehren und das Wahlrecht den Bürgern wieder nur im Maß ihrer Steuerkraft zubilligen?

Soweit nur die Wiederholung längst geschlagener intellektueller und politischer Schlachten. Bis zum dritten Abschnitt des Meyerschen Textes muss der Leser den Eindruck haben, es handele sich nur um eine Neuauflage des bekannten wirtschaftsliberalen Lamentos über den „Bürger“ im Zangengriff des Wohlfahrts- und Gefälligkeitsstaates. Ab dem dritten Abschnitt schlägt der Ton jedoch unvermittelt ins Positive und sogar Triumphierende um. Der „Bürger“, so erfährt man, ist nicht wehrlos, er kann zurückschlagen und er tut es auch. Die Globalisierung der Produkt- und Kapitalmärkte hat nämlich eine neue Situation geschaffen, in der es für die „mobilen Faktoren“ – Meyer meint das Kapital und eine kleine Elite international mobiler Freiberufler – möglich geworden ist, sich dem steuerlichen Zugriff des Nationalstaates zu entziehen. Unternehmen und Vermögenseigentümer sind nicht nur in der Lage, glaubhafter denn je mit „exit“ zu drohen, sondern können diese Drohung indirekt auch nutzen, um ihre „Voice“-Option innerhalb der Nationalstaaten wieder zu stärken. Die Drohung lautet: Wir wandern ab, wenn die progressive Besteuerung und der Sozialstaat nicht abgeschafft werden. Das ist in der Tat ernst zu nehmen, wie die empirisch festzustellende Steuerflucht der Vermögenden und der speziell innerhalb der EU grassierende Wettlauf der Nationalstaaten um die Senkung von Steuern und Sozialleistungen zeigt. Fünfzehn Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist das Kapital offenbar immer weniger bereit, die bis dahin als unabdingbar

betrachteten Unkosten der Sicherung des sozialen Friedens im Rahmen der demokratischen Staatsform zu tragen. Ja, seit die letzte große sozialistische Diktatur, die Volksrepublik China, begonnen hat, um das internationale Kapital zu werben, zeichnet sich sogar eine erstaunliche Umkehr der traditionellen Fronten des Kalten Krieges ab: Kaum irgendwo auf der Welt scheinen die transnationalen Konzerne sich gegenwärtig wohler zu fühlen als ausgerechnet im kommunistisch regierten Festlandschina, das dank des Fehlens freier Gewerkschaften und sozialstaatlicher Regulierungen mit konkurrenzlos niedrigen Lohnkosten aufwarten kann. Freie Gewerkschaften – so lautet die bis heute aufrechterhaltene offizielle Legende – seien in der Volksrepublik China überflüssig, da die Produktionsmittel ja den Arbeitern gehörten (vgl. *Der Spiegel* 22 vom 30.05.2005). Das letzte große Bollwerk des Weltkommunismus als Mekka des globalen Kapitals: welche Ironie der Geschichte!

Der demokratische Nationalstaat gerät damit wie nie zuvor in eine Zange konträrer Ansprüche und Forderungen. Auf der einen Seite ist er auf Steuergelder angewiesen und muss daher den mit Abwanderung drohenden Vermögenseigentümern immer weitergehende Konzessionen machen. Auf der anderen Seite ist er als demokratischer Staat noch immer von der Zustimmung der Wähler abhängig, und das heißt auch: von den Stimmen der nicht oder weniger Zahlungsfähigen, der Arbeitslosen, Geringverdiener, Alten, Kranken – all jenen also, die bislang von den durch den Staat bereitgestellten Sozialleistungen und öffentlichen Gütern profitiert haben. Die Fähigkeit des Staates, diese den sozialen Frieden und die öffentliche Wohlfahrt sichernden Leistungen zu finanzieren, wird aber im Zeitalter der Globalisierung immer weiter schwinden.

Meyer stellt die berechtigte Frage, ob die nationalstaatlichen Demokratien fähig sein werden, diesen Spagat auszuhalten. Die Aussichten dafür sind, darin ist er mit Joan-Marie Guéhenno einig, nicht gut. Meyer sieht „die Überlebensfähigkeit der bestehenden Ordnungen“ in Gefahr. So schrill das zunächst klingt, ist es doch keineswegs abwegig. Schon die relativ bescheidenen sozialpolitischen Einschnitte, wie sie die rot-grüne Regierung in Deutschland, die konservative Regierung in Frankreich und andere europäische Regierungen in den letzten Jahren durchzusetzen versucht haben, sind in der Bevölkerung auf beträchtlichen Widerstand gestoßen und haben große Stimmenverluste der Regierungsparteien sowie kapitalismuskritische Diskussionen zur Folge gehabt. Das Gleiche gilt für die seit den neunziger Jahren anhaltenden Versuche der europäischen Regierungen, die demokratisch nur zweifelhaft legitimierte Strukturen der EU für die Durchsetzung wirtschaftsliberaler Reformen zu nutzen – vom freien Binnenmarkt bis hin zur Dienstleistungsrichtlinie.<sup>1</sup> Die Quit-

1 Meyer verdächtigt die EU zwar, eine „koordinierte Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik“ anzustreben und den Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten unterbinden zu wollen. Aber diese Verdächtigungen sind durchaus unbegründet. Eine fiskalpolitische Koordinierung zwischen den Nationalstaaten ist auch unter dem Regime der Währungsunion nicht in Sicht, erst recht keine sozialpolitische. Die dominante Tendenz ist vielmehr die weitere Liberalisierung und weitere Fortsetzung des Steuer- und Ausgaben-

tung war bekanntlich die Ablehnung der EU-Verfassung durch die Mehrheit der Bevölkerung in zwei Kernländern der EU. Der Bereitschaft der großen Volksparteien, weitere „Reformen“ anzugehen, wird dies einen Dämpfer aufsetzen. Die Politikverdrossenheit wächst, allerdings keineswegs nur auf der von Meyer allein betrachteten einen Seite der besserverdienenden Steuerzahler und der „mobilen Produktionsfaktoren“, sondern auch auf der anderen Seite der Geringverdiener und der Empfänger staatlicher Transferleistungen. Extreme politische Strömungen auf der Linken und auch auf der Rechten bekommen Auftrieb.

Noch scheinen die großen Volksparteien in der Lage zu sein, sich durch fiskal- und sozialpolitisches Lavieren an der Macht zu halten. Aber der Preis dafür ist eine stetige Zunahme der Verschuldung der öffentlichen Haushalte, die in immer mehr europäischen Ländern die in den Maastricht-Verträgen gezogenen Grenzen überschritten hat – von der Situation in den USA oder in Japan ganz zu schweigen. Zwar bedeutet die Zunahme der Staatsverschuldung keineswegs unmittelbar den Untergang des Kapitalismus oder den von Hayek prophezeiten „Weg in die Knechtschaft“. Es kann vielleicht noch lange so weitergemacht werden wie bisher. Endlos lässt sich der von den Volksparteien beschrittene opportunistische Weg der Konfliktlösung durch immer weiter getriebene Staatsverschuldung aber gewiss nicht fortsetzen. Was geschieht, wenn die Zinsverpflichtungen, die oftmals heute schon ein Drittel des Steueraufkommens und mehr beanspruchen, eines Tages nicht mehr bedient werden können? Was immer auch dann geschehen mag, ein Schuldenmoratorium, ein Währungsschnitt oder eine galoppierende Inflation: Es wird auf einen Bankrott des demokratischen Nationalstaates hinauslaufen.

## II.

Es ist das Verdienst Meyers, dieses Dilemma ungeschminkt dargestellt zu haben. Sein Text unterscheidet sich unter diesem Gesichtspunkt wohltuend von dem falschen Euphemismus der sozialdemokratischen Globalisierungsrhetorik. Aber auch dies ist nicht wirklich neu. Meyers Analyse des Konflikts zwischen Kapitalismus und Demokratie macht – allerdings ungewollt – vielmehr nur die heimlichen Konvergenzen zwischen Wirtschaftsliberalismus und Marxismus deutlich, die einem genaueren Beobachter nicht entgehen können.

Auch Marx glaubte nicht an die Möglichkeit einer dauerhaften Koexistenz von nationalstaatlicher Demokratie und Kapitalismus. Der Nationalstaat war für ihn „nichts weiter als die Form der Organisation, welche sich die Bourgeois sowohl nach außen als nach innen hin, zur gegenseitigen Garantie ihres Eigentums und ihrer Interessen notwendig geben“ (Marx/Engels 1846, S. 62). Marx und Engels unterstütz-

kungswettlaufs, insbesondere auch nach der EU-Osterweiterung, Auch die beschlossenen Maßnahmen gegen die Steuerflucht (Quellensteuer, Kontrollmitteilungen) lassen zahlreiche Schlupflöcher offen und stellen kein ernsthaftes Problem für Steuerhinterzieher dar.

ten zwar die zeitgenössischen Kämpfe für die Durchsetzung der bürgerlichen Republik und des allgemeinen Wahlrechts, wie in Frankreich 1848. Würde aber die Bevölkerungsmehrheit, d.h. das Proletariat, wirklich die Demokratie und mit ihr die politische Macht erringen, so würde dies – davon waren sie überzeugt – nur einen äußerst instabilen Übergangszustand schaffen. Die demokratisch gewählte proletarische Regierung werde nicht umhin können, wie es im Kommunistischen Manifest hieß, „der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren“ (Marx/Engels 1848, S. 481). Geschehe dies nicht, so drohe ein gewaltsamer Gegenschlag der Bourgeoisie zur Wiedergewinnung der politischen Macht, wie er in Frankreich mit der Diktatur Louis Bonapartes und wiederum 1871 bei der Zerschlagung der Pariser Kommune ja auch wirklich stattfand.

Wie Marx ist Meyer von der Unvereinbarkeit von Kapitalismus und politischer Demokratie (zumindest in ihrer bisherigen Form) überzeugt. Was er schreibt, liest sich über weite Strecken wie eine unfreiwillige Bestätigung der Positionen der radikalen marxistischen Linken, die den demokratischen Parlamentarismus und den Wohlfahrtsstaat schon immer als reformistische Illusionen verurteilt hatte. Nun möchte Meyer allerdings keineswegs auf die Positionen der K-Gruppen der frühen siebziger Jahre einschwenken und die proletarische Revolution ausrufen. Im Gegenteil, es geht ihm um eine Strategie zur Wiederherstellung der uneingeschränkten politischen Macht der Eigentümer. Er vermeidet es zwar, offen für einen Staatsstreich mit diesem Ziel zu agitieren. Aber er hält weitreichende Eingriffe in den demokratischen Entscheidungsprozess für unabdingbar. Insbesondere fordert er das „Recht auf Sezession“ und verschiedene Maßnahmen, die die „Voice“-Option der Eigentümer stärken sollen, darunter die Abkehr vom Prinzip „one man – one vote“. Meyer geht es darum, die „Diktatur der Mehrheit“ zu brechen. Sollte es den Eigentümern gelingen, die volle politische Herrschaft zu erringen, würden nach Meyer vor allem folgende Maßnahmen anstehen: Weitere Senkung der Steuern und Verlagerung der Steuerlast von den „mobilen hin zu den immobilien Faktoren“, also von den Besitzenden hin zu der Masse der Bevölkerung, Reduktion der Umverteilung und des Angebots an öffentlichen Gütern auf ein Minimum. Im Klartext: Es ist ein Programm des Klassenkampfes von oben, der nicht mehr nur mit den konventionellen Methoden im Rahmen des demokratischen Parteienkampfes, sondern mit neuen, weitergehenden Mitteln ausgetragen werden soll.

Was dies genau bedeuten soll, bleibt freilich, wie so vieles bei Meyer, im Dunkeln. Will er das Klassenwahlrecht des 19. Jahrhunderts wieder einführen? Und wie soll das angestrebte „Recht auf friedliche Sezession“ funktionieren? Meyer kann nicht ernsthaft glauben, die Bevölkerungsmehrheit würde freiwillig einem Wechsel der staatlichen Ordnung zustimmen, von dem sie nichts als Nachteile zu erwarten hat. Ist das, was er im Auge hat, eine Art Neuauflage des früheren südafrikanischen Apartheid-Systems mit politisch autonomen Steueroasen für die Vermögenden und

„Homelands“ für den arbeitenden, arbeitslosen und bedürftigen Rest der Bevölkerung? Die „mobilen Produktionsfaktoren“ würden sich dann – so stellt Meyer es sich vielleicht vor – irgendwo, vielleicht an der Züricher Goldküste, im Frankfurter Vortaunusgebiet oder in Südengland, eigene exklusive Zonen schaffen und dort ihre Paradiese („Clubs“ nach Meyer) mit niedrigen Steuern und direkter Demokratie einrichten. Der Rest der Welt könnte sich selbst überlassen bleiben. Im Zeitalter der Globalisierung ist das Kapital ja, um die eigene Verwertung zu sichern, nicht mehr auf die Arbeitskräfte angewiesen, die man zufällig vor der eigenen Haustür findet. Von ein paar Gärtnern und Dienstboten vielleicht abgesehen braucht man sie nicht mehr, denn überall auf der Welt findet man andere, ebenso willige und qualifizierte Kräfte, die es billiger machen. Die Aufgaben der Organisation, Leitung und Kontrolle könnten ebenfalls delegiert werden, denn auch dafür gibt es überall willige Anbieter vor Ort. Man braucht nur noch den Marktlohn zu zahlen, und dieser ist dank des riesigen Überangebots auf dem Weltarbeitsmarkt im Zweifelsfall immer noch niedriger, als man angenommen hatte. Investitionen in das Gemeinwesen und in den Sozialstaat werden nach Meyer zwar nicht völlig entfallen, können aber auf jenes Minimum beschränkt werden, das die „mobilen Produktionsfaktoren“ freiwillig zugestehen bereit sind, gleichsam als Almosen für die „homelands“. Verpflichtet sind die Vermögenden zu gar nichts mehr. Demokratie findet nur noch dort statt, wo die Reichen unter sich sind, und verursacht dann auch kaum mehr Kosten. Sie wird zu einer internen Exklusivinszenierung der „Clubs“.

Zugegeben: Was Meyer skizziert, ist eine realistische Beschreibung aktueller Trends, auch wenn der Autor das Bedürfnis der Vermögenden nach formeller politischer Sezession wohl überschätzt. Denn die Anliegen der Eigentümer lassen sich ja, wie bekannt, auch mit den weit geräuschloseren Mitteln der Korruption, des Stimmenkaufs und der finanziellen Erpressung erreichen, und Steuerparadiese gibt es ohnehin schon genug. Aber nehmen wir einmal an, die Vermögenden wären es leid, immer nur in legalen Grauzonen operieren zu müssen und würden ihre Ansprüche offen in der von Meyer beschriebenen Form anmelden und durchsetzen; was wären die Folgen? Es spricht wenig dafür, dass die „mobilen Produktionsfaktoren“ des Lebens in ihren Oasen froh werden könnten.

Da sind zunächst die von Meyer nicht erwähnten Kosten für die militärische und polizeiliche Sicherung der „Clubs“. Hier wäre es realistischerweise angebracht, einen Blick auf die Erfahrungen in den USA zu werfen, auf jenes Land, in dem die von Meyer anvisierte gesellschaftliche Segregation der Reichen schon ein gutes Stück weit Wirklichkeit geworden ist: Allein zwischen 1972 und 1990 stiegen die Ausgaben der Bundesregierung für die Kriminaljustiz um das Fünffache, die der Einzelstaaten um das Achtfache an; 2,5 Prozent der erwachsenen Bevölkerung befindet sich in Haft oder ist nur „bedingt“ freigelassen (Wacquant 1997). Die zusätzlichen Kosten für die Sicherung der Grenzen, für Polizei, Justiz und Gefängnisse könnten also die Einsparungen bei den Sozialausgaben und Gemeinkosten kompensieren oder gar übersteigen. Die „Clubs“ als Ghettos der Reichen inmitten einer Gesell-

schaft von Armen, Arbeitslosen und Ausgegrenzten müssten gewaltsame Revolten geradezu provozieren und würden ein ausgezeichnetes Ziel für sie abgeben. Meyer betrachtet zwar den sozialen Frieden als ein produktivitätswirksames öffentliches Gut, das auch eine Finanzierung durch Zwangsabgaben rechtfertige. Aber in welcher Höhe diese Zwangsabgaben erhoben werden, sollen in seinem Modell die Vermögenden in ihren Clubs unter sich ausmachen. Zu glauben, dass auf diese Weise der soziale Friede in modernen Gesellschaften gesichert werden könne, ist leichtfertig.

Wie sähe die Landschaft, die sich den Investoren bietet, im Fall einer Verwirklichung von Meyers Strategie aus? Die Zahl der Regionen, die bei den Rating-Agenturen schlechte Noten in bezug auf ihre Kreditwürdigkeit wegen politischer und sozialer Instabilität erhalten, würde stark zunehmen. Länder wie Argentinien, Bolivien oder Moldawien wären keine Einzelfälle mehr. Es wird zwar trotzdem zunächst noch lohnende Anlagemöglichkeiten rund um die Welt geben, denn viele Dienstleistungen und industrielle Arbeitsprozesse, einfache wie komplexe, lassen sich anderswo ähnlich effizient, aber billiger erbringen als in den Ländern des alten Europa. Aber wenn derartige Kalküle ausschlaggebend werden, wie Meyer argumentiert (was in der Realität zum Glück noch keineswegs immer der Fall ist), wäre es irreführend, noch von „Effizienzwirkungen“ der Globalisierung zu sprechen. Ein Kapitalismus, für den die Unterschiede der Lohn- und Sozialkosten zum entscheidenden Anlagekriterium werden, erzielt seine Gewinne nicht länger durch den Einsatz effizienterer Technologien, auch nicht durch Innovationen und „schöpferische Zerstörung“ im Schumpeterschen Sinne. Die Hauptquelle der Profite wird vielmehr die auf die weltweite Marktmacht des Kapitals gestützte Umverteilung der Arbeitseinkommen zugunsten der Kapitaleinkommen. Von höherer „Produktivität“ oder „Effizienz“ kann dann nicht mehr die Rede sein. In seinen besten Zeiten, wie in der Wachstumsphase nach dem Zweiten Weltkrieg, war der Kapitalismus ein Positivsummen-Spiel: Beide Seiten, Kapital und Arbeit, gewannen. Meyers globaler Kapitalismus dagegen ist ein Nullsummenspiel, in dem die Gewinne der einen die Verluste der anderen sind.

Auch Meyers Begriff der „mobilen Produktionsfaktoren“ ist irreführend, denn die Eigentümer sind faktisch ja keine „Produktionsfaktoren“ mehr. Sie sind keine Unternehmer, sondern Vermögensrentner, die nicht nur keine Leitungsfunktionen mehr wahrnehmen, sondern auch die Investorenfunktion meist an Fonds delegiert haben. Sie beobachten die Produktion von ferne aus den komfortablen Sesseln ihrer Clubs und wollen nur noch Renditen sehen. Die Fondsmanager stehen unter dem Druck der Anleger, die Renditen der von ihnen kontrollierten Unternehmen zu maximieren, und sie geben diesen Druck an das Management der Unternehmen weiter. Die Manager setzen das Nullsummen-Spiel auf Unternehmensebene fort. Kapitalmarktgesteuerte Unternehmen senken Kosten, verschlanken, gliedern „unprofitable“ Bereiche aus. Die Entwicklung neuer Produkte, die Wachstum ermöglicht, aber eben auch einen langen Atem braucht, ist dagegen nicht ihre Sache (ausführlicher dazu: Deutschmann 2005). Meyers globaler Kapitalismus ist ein System, in dem nicht länger der Unternehmer, sondern der Vermögensrentner die herrschende Figur

ist. Seine Gewinne erzielt er kaum mehr durch produktive Investitionen und Wachstum, sondern in erster Linie durch den weltweit organisierten Griff in die Taschen der Beschäftigten.

Das wirft nicht bloß Fragen der „Verteilungsgerechtigkeit“ auf, sondern auch nach der grundsätzlichen Legitimation des arbeitslosen Einkommens der Rentiers. Und es beschwört gravierende Gefährdungen des dynamischen wirtschaftlichen Gleichgewichts herauf: Wenn das wirtschaftliche Wachstum zurückgeht, die anlage-suchenden Finanzvermögen aber dank der Umverteilungspolitik zugunsten des Kapitals immer weiter anwachsen, kommt es zu einem Mangel an profitablen Investitionsgelegenheiten. Auch wegen der hohen politischen Risiken in vielen Regionen staut sich Überschussliquidität auf. Das ist die typische Konstellation, die spekulative Blasen der Vermögenswerte und nachfolgende Zusammenbrüche zu erzeugen pflegt.

### III.

Wie immer man es dreht und wendet: Das von Meyer skizzierte Szenario zeigt keinen Weg zur „Wiedererlangung kollektiver Rationalität“. Ganz im Gegenteil, es ist das Szenario einer sich zuspitzenden ökonomischen und gesellschaftlichen Krise. Der aus der „Diktatur der Mehrheit“ befreiten und nicht einmal mehr formal in das demokratische System eingebundenen Eigentümerherrschaft, der Meyer das Wort reden will, würde es an jeder politischen Legitimität fehlen. Der von ihr durchgesetzte globale Rentierkapitalismus würde die sozialen Konflikte anheizen und wirtschaftliche Krisen heraufbeschwören. „Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert“ (Marx/Engels 1848, S. 468). Meyers Programm liest sich wie eine unfreiwillige Bestätigung dieser Aussagen des „Kommunistischen Manifests“.

Als Zeitgenosse des 21. Jahrhunderts hätte Meyer es besser wissen müssen. Die Krisen hatten sich ja in der Tat, wie von Marx vorausgesagt, im 19. und frühen 20. Jahrhundert zugespitzt. Die Weltwirtschaftskrise freilich führte zur Erfindung eines neuartigen Mittels zur Krisenvorbeugung, von dem Marx anders als Meyer noch nichts hatte wissen können: des Keynesianismus und des auf ihm aufbauenden modernen Interventions- und Sozialstaats. Der Staat drängte sich der Wirtschaft keineswegs auf, im Gegenteil: er wurde gerufen. Das staatliche deficit-spending wurde zum Rettungsanker, um einen Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern und die Konjunktur zu stabilisieren. Dieser Typus von Interventionen blieb keineswegs singular, sondern wurde bis in die Gegenwart in allen entwickelten Industrieländern umfassend praktiziert. Es ging dabei nicht mehr nur um punktuelle Interventionen



zur Abwehr drohender Rezessionen. Was sich entwickelte, war vielmehr eine strukturelle Abhängigkeit wichtiger Sektoren der Wirtschaft von staatlichen Aufträgen und öffentlichen Geldern. Was wäre z.B. die US-Wirtschaft und mit ihr die Weltwirtschaft ohne das Budget des Pentagon? Im Zusammenhang mit dieser paradoxen Entwicklung kam es zu einem stetigen Anstieg der Defizite der öffentlichen Haushalte. Mit der Kritik an diesen Defiziten verhält es sich ähnlich wie mit der Klage katholischer Priester über die Sündhaftigkeit der Menschen: Ja, es ist schlimm, alle wissen es, aber alle wissen auch, dass das Leben anders nicht weitergehen könnte.

Die historische Perspektive macht die Vordergründigkeit der Meyerschen Klage über den hohen Anteil des Staates am Sozialprodukt sichtbar. Meyer stellt den Staat als Räuber hin, der privates Eigentum an sich reißt und immer größere Teile des Sozialprodukts unter seine Kontrolle bringt. Damit stellt er die wirklichen historischen Sachverhalte auf den Kopf: Es war keineswegs der Staat, der sich der Wirtschaft aufdrängte, es war im Gegenteil die Wirtschaft, die nach dem Staat rief und heute weniger denn je ohne ihn auskommen kann. Das in der neoliberalen Rhetorik gepflegte Bild von den Wirtschaftssubjekten als „Junkies“, die von der Droge öffentlicher Aufträge nicht loskommen, ist demagogisch und oberflächlich. Das im 20. Jahrhundert deutlich gewordene Problem ist vielmehr, dass ein kapitalistisches System gar nicht in der Lage ist, ein dynamisches Gleichgewicht aus sich selbst heraus dauerhaft sicherzustellen.

Meyer weist mit Recht darauf hin, dass das bei vielen Ökonomen beliebte Konzept des statischen Marktgleichgewichts mit den Realitäten einer kapitalistischen Wirtschaft wenig zu tun hat. Aber was ist unter einem „dynamischen Gleichgewicht“, wie er es postuliert, genauer zu verstehen? Bedauerlicherweise geht der Autor darauf mit keinem Wort ein und ignoriert das auf der Hand liegende Problem: Nur bei einem statischen Modell lässt sich ein endogener Gleichgewichtsmechanismus sinnvoll konzipieren (nach dem bekannten Walrasschen Konzept des Auktionators), nicht aber bei einem dynamischen. Wachstum kommt durch das Handeln unternehmerischer Individuen zustande, das sich ja gerade darauf richtet, je gegebene Gleichgewichtszustände zu *durchbrechen*. Der Begriff eines „dynamischen Gleichgewichts“ ist eine *contradictio in adjecto*. Eine Auflösung dieses Widerspruchs kann nur auf dem Papier durch „Annahme“ einer bestimmten Wachstumsrate erschlichen werden. Meyers Unterstellung, dass ein aus der staatlichen „Gängelung“ befreiter Kapitalismus sich selbst stabilisieren würde, ist pure Spekulation.

Wie unhaltbar diese Spekulation ist, zeigt sich rasch, wenn man sich die zahlreichen, keineswegs nur im engeren Sinne „ökonomischen“, sondern gesellschaftlichen und politischen Faktoren klarmacht, die zusammentreffen müssen, damit kapitalistisches Wachstum funktionieren kann: Es muss Erfinder geben, die neue Ideen in die Welt setzen und Unternehmer, die sie entwickeln und realisieren. Dazu brauchen sie Finanziers, die ihnen Kapital zur Verfügung stellen und Kredit geben. Sie brauchen auch qualifiziertes, motiviertes und zuverlässiges Personal und ebenso gut kooperierende Zulieferer. All das setzt eine gut entwickelte technische und soziale In-

frastruktur voraus. Die innovativen Produkte müssen auf positive Resonanz bei einer hinreichend großen Zahl von Käufern stoßen. Das wiederum unterstellt die Existenz geeigneter Kommunikationsmedien und Kommunikationsprozesse. Eine kritische Größe ist schließlich die Bereitschaft der Unternehmen und Haushalte, sich in der Erwartung auf den Markterfolg der neuen Produkte zu verschulden, d.h. die vielzitierte „Zukunftsorientierung“ der Akteure. Unternehmer, die in einer wachsenden Wirtschaft Gewinne erzielen wollen, sind für den Absatz ihrer Produkte auf eine Nachfrage angewiesen, die höher ist als die, die sie selbst mit ihren Kostenzahlungen geschaffen haben. Ein zusätzlicher Nachfrageschub von dritter Seite in Form kreditfinanzierter Ausgaben ist daher unabdingbar, um die Dynamik in Gang zu halten. Bleibt er aus, kommt es zur Krise, und mit der Krise droht eine kumulative Abwärtsspirale.

Wir brauchen die Betrachtung der Faktoren der kapitalistischen Dynamik hier nicht weiter zu vertiefen. Es ist deutlich genug, auf wie schwachen Füßen Meyers Glaube an eine „kollektive Rationalität“ steht, die über dem Zusammenspiel dieser Faktoren waltet. Es gibt keinerlei Garantie dafür, dass dieses Zusammenspiel funktioniert, und oft genug hat es im 20. Jahrhundert tatsächlich nicht funktioniert. Auch unter dem Regime der globalen Finanzmärkte der Gegenwart kann nicht mit der automatischen Herstellung eines dynamischen Gleichgewichts gerechnet werden. Insbesondere nach dem Zusammenbruch der „New Economy“ scheint die Bereitschaft der privaten Unternehmen, zu investieren und sich zu verschulden, unter der kritischen Grenze zu bleiben, wie die von Meyer selbst erwähnten Daten zum Rückgang der Investitionsquoten zeigen. Unter diesen Umständen gibt es keinerlei Anlass zur Staatsbeschimpfung à la Meyer. Im Gegenteil war es verdienstvoll, dass die Regierungen sich stellvertretend für die Privatwirtschaft verschuldeten und so nicht nur die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stabilisierte, sondern auch die drohende Überschussliquidität an den Kapitalmärkten abgemildert haben.

#### IV.

Meyers Krisenanalyse verwechselt Ursache und Wirkung. Nicht der räuberische Zugriff des Staates auf die Ressourcen der Volkswirtschaft ist die Wurzel des Übels, sondern die staatlichen Interventionen sind ihrerseits eine Reaktion auf die internen Widersprüche und Krisenpotentiale eines globalisierten Kapitalismus. Zu einem guten Teil wurzeln diese Krisenpotentiale in einem selbstwidersprüchlichen Handeln der Vermögenseigentümer: Einerseits wollen sie nicht mehr in Innovationen und neue Kombinationen investieren, und dafür haben sie zugegebenermaßen auch gute Gründe, denn die alternden Wohlstandsgesellschaften Europas, Nordamerikas und Japans sind für „schöpferische Zerstörung“ immer weniger empfänglich. Viele der Mitglieder der hier noch relativ breiten Mittelklassen sind mit ihrem Leben, wie es ist, im Grunde zufrieden und fürchten sich nur vor dem Absturz. Sie möchten zwar

Karriere machen, aber keine unternehmerischen Risiken eingehen. Innovationsrhetorik ist zwar weit verbreitet, aber reale Innovationen werden immer seltener. Auf der anderen Seite jedoch wollen die Eigentümer, darunter viele Mitglieder eben derselben Mittelklasse, auf Renditen nicht verzichten. Sie schrauben im Gegenteil ihre Gewinnerwartungen, auch unter dem Einfluss der Konkurrenz der Fonds, immer höher. Das traditionelle Verständnis der Löhne als Kontrakt- und der Gewinne als Residualeinkommen wird umgekehrt: Die Investoren reklamieren die Gewinne für sich als Kontrakteinkommen; die Arbeitseinkommen dagegen werden zu Residualeinkommen. Die Arbeitenden bekommen nur noch, was bleibt, nachdem die Investoren ihre Ansprüche befriedigt haben. Unter Vortäuschung angeblicher „Sachzwänge“ wird der Gesellschaft so eine stetig wachsende Zins-, Renten- und Dividendenlast aufgebürdet. Unterschlagen wird dabei, dass der Gewinn nur die Prämie für die Leistung des Unternehmers im Prozess schöpferischer Zerstörung ist – und für die Bereitschaft der Gesellschaft, sich auf diesen Prozess einzulassen. Fehlt die unternehmerische Leistung, oder kommt sie aufgrund der Verfassung der Gesellschaft nicht zum Tragen, so entfällt auch die Basis des Gewinns. Das Beharren der Eigentümer auf der Rendite führt dann zu Einschnitten bei den Löhnen, Steuern und Sozialleistungen. Es droht damit eine kumulative Kontraktion der Nachfrage, die nur durch staatliche Defizitfinanzierung aufgefangen werden kann: Der Staat verschuldet sich „stellvertretend“ für die Unternehmen. Aber selbst die mächtigsten und finanzkräftigsten Nationalstaaten werden auf die Dauer nicht in der Lage sein, ihre Rolle als Reparaturbetrieb des Kapitalismus zu erfüllen und eine allgemeine Schuldenkrise abzuwenden – hier ist Meyer, wie schon betont, Recht zu geben.

Die Lösung des Problems läge indessen – hier bin ich gänzlich anderer Ansicht als Meyer – nicht in einer Entmachtung der Politik, sondern im Gegenteil in einer Erweiterung der internationalen Handlungsfähigkeit der Politik, etwa durch transnationale Besteuerungsformen und Regulierungen der Kapitalmärkte. Ziel sollte es sein, die paradoxen Erwartungen der Investoren zu korrigieren und ihr selbstzerstörerisches Handeln zu stoppen. In Gesellschaften, die, wie die alternden Wohlstandsgesellschaften des Westens, sich in ihrem bestehenden Lebensniveau eingerichtet haben und den Prozess schöpferischer Zerstörung nicht mehr vorantreiben, gibt es keine Basis mehr für die Vorstellung von Kapitaleigentümern, sie hätten Anspruch auf eine „Rendite“. Ebenso entfällt die Rechtfertigung für eine stark ungleiche Verteilung der Einkommen und Vermögen. Wirtschaftliches Wachstum und Renditen pendeln sich dauerhaft bei Werten um Null ein, beziehungsweise können mit der anstehenden Schrumpfung der Bevölkerung auch negativ werden. Die statische Gleichgewichtsökonomie der Lehrbücher, eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ (Wirth 2003), rückt in Reichweite. Die Tendenz zur stationären Wirtschaft mag sich gegenwärtig nur in den entwickelten Volkswirtschaften Europas, Nordamerikas und Japans abzeichnen, noch nicht in den gegenwärtig noch sehr dynamischen Ökonomien Chinas, Indiens oder Brasiliens. Aber spätestens in zwei bis drei Jahrzehnten wird sich wohl auch dort ein ähnliches Bild darbieten.

Am besten wäre es natürlich, die Eigentümer sähen diese Sachlage so rasch wie möglich freiwillig ein. Jedoch wäre es naiv zu erwarten, dass sie ohne den massiven Druck einer international organisierten Politik dazu bewegt werden können. Aber von internationaler Handlungsfähigkeit der Politik kann heute leider noch nicht entfernt die Rede sein; im Gegenteil, die Investoren treiben die Nationalstaaten vor sich her. So erfüllt die sich abzeichnende globale Schuldenkrise die Funktion einer „List der Vernunft“ im Hegelschen Sinne: Wenn die Akteure die Paradoxien ihres eigenen Handelns nicht durchschauen und die ungeplanten Handlungsfolgen ignorieren, purzeln die sich auftürmenden Folgelasten über ihren Köpfen zusammen.

### *Literatur*

- Alber, J., 1989: Der Sozialstaat in der Bundesrepublik 1950-1983, Frankfurt a.M.
- Deutschmann, Christoph, 2005: Finanzmarkt-Kapitalismus und Wachstumskrise, in: P. Windolf (Hrsg.), Finanzmarkt-Kapitalismus. Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (im Erscheinen).
- Marx, K. und F. Engels, 1848: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx und Friedrich Engels Werke (MEW) Band 3, Berlin 1959.
- Marx, K. und F. Engels, 1846: Die deutsche Ideologie, in: Karl Marx und Friedrich Engels Werke (MEW) Band 4, Berlin 1990.
- Ritter, G., 1989: Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München.
- Wacquant, L., 1997: Vom wohlthätigen zum strafenden Staat. Über den politischen Umgang mit dem Elend in Amerika, in: Leviathan 1, S. 50-66.
- Wirth, R., 2003: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. Eine Neubewertung der Freiwirtschaftslehre aus wirtschaftsethischer Sicht, Bern.